

## EINE IMMER NOCH SINNVOLLE WIRTSCHAFTS- ORDNUNG? – ZIELE UND PRINZIPIEN „DER“ SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

„Soziale Marktwirtschaft“ - dieser Begriff für unsere Wirtschaftsordnung ist seit den Zeiten des „Wirtschaftswunders“ beinahe mythisch aufgeladen. Doch welche Grundsätze für wirtschafts- und sozialpolitisches Handeln stecken hinter diesem (politische geschickt gewählten) Terminus? Welche Prinzipien machen die soziale Marktwirtschaft so flexibel, dass sie bisher von jeder Regierung mit eigenen Schwerpunktsetzungen ausgestaltet werden konnte? Und welche Vorzüge hat die soziale gegenüber der freien Marktwirtschaft?

Nach einer Vorstellung von Wirtschaftspolitik in der sozialen Marktwirtschaft Deutschlands, können die Prinzipien dieser Wirtschaftsordnung konkret angewendet werden. Im Folgenden werden die Gründe für die Etablierung einer sozialen Marktwirtschaft erschlossen und es wird die Notwendigkeit einer Erweiterung auf eine öko-soziale Marktwirtschaft geprüft.

## ÜBERBLICK ÜBER DIE UNTERRICHTSEINHEIT

---

**THEMENBEREICH** Soziale Marktwirtschaft

---

**VORWISSEN** Grundlagen der Marktwirtschaft (wirtschaftliche Freiheiten, dezentrale Koordination, Informations- und Lenkungsfunktion des Preises, Preisbildung)

---

**ZEITBEDARF** 2-3 Unterrichtsstunden

---

**METHODE** Gruppenpuzzle

---

**KOMPETENZEN** Die Schülerinnen und Schüler ...

- beschreiben Gründe für das Etablieren einer sozialen Marktwirtschaft sowie deren Grundprinzipien und Politikbereiche, in denen sie ausgestaltet wird.
- analysieren wirtschaftspolitische Maßnahmen danach, in welchem Maß sie Prinzipien sozialer Marktwirtschaft berücksichtigen.
- beurteilen die ordnungspolitische Notwendigkeit der Erweiterung der sozialen in eine öko-soziale Marktwirtschaft.

---

**SCHLAGWORTE** Allokationspolitik, Humanisierungspolitik, Kartell, Marktkonformität, Marktwirtschaft, Nachhaltigkeit (ökologische), öko-soziale Marktwirtschaft, Ordnungspolitik, Sozialprinzip, Stabilisierungspolitik, Wettbewerb, Wettbewerbsprinzip, Wirtschaftssystem, Wirtschaftsordnung

---

**AUTOR** Kersten Ringe

---

**PRODUKTION** C.C.Buchner Verlag

---

## DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT – ZWISCHEN FREIEM MARKT UND STAATLICHEM EINGRIFF

Seit den als Wirtschaftswunder bezeichneten späten 1950er und 1960er Jahren genießt die soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland großes Renommee. Missverständlicherweise wird sie dabei mitunter als „dritter Weg“ zwischen freier Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft („Planwirtschaft“) bezeichnet. Da aber die dezentrale Koordination (und nicht die zentrale Subordination) der wirtschaftlichen Aktivitäten mit der fundamentalen Bedeutung des Preises (der die Wirtschaftssubjekte über Angebot und Nachfrage informiert und deren wirtschaftliche Aktivitäten lenkt) auch die Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung sind, ist diese eindeutig als Marktwirtschaft zu bezeichnen.

Allerdings wird in der sozialen Marktwirtschaft versucht, die systeminhärenten Fehlentwicklungen einer freien Marktwirtschaft mittels Wirtschafts- und Sozialpolitik zu bekämpfen:

(1) Die **Ineffizienz** freier Marktwirtschaften besteht darin, dass sich (a) Kartelle und ggf. sogar Monopole bilden („Selbstaufhebungstendenz des Marktes“), dass (b) externe, von der Gemeinschaft getragene Kosten des Wirtschaftens entstehen (z. B. nicht im Güterpreis inbegriffene Umweltschäden) und dass (c) öffentliche Güter, von deren Nutzung niemand ausgeschlossen werden kann (wie z. B. Küstenschutz), nicht (umfassend) zur Verfügung gestellt würden. Diesen Mängeln begegnet die soziale Marktwirtschaft (a) mit Wettbewerbspolitik (z. B. Kartellrecht), (b) mit Marktergänzungspolitik (z. B. Umweltauflagen) und (c) mit Marktsubstitutionspolitik.

(2) Die **Inhumanität** („soziale Blindheit“) freier Märkte zeigt sich darin, dass (a) Bedürftige keinerlei staatlich organisierte gesellschaftliche Solidarität erfahren. Auch bleiben (b) Machtbeziehungen zwischen den Produktionsmitteleignern (Arbeitgebern) und den abhängig Beschäftigten unangetastet. Dagegen setzt soziale Marktwirtschaft auf (a) Umverteilungspolitik (insbesondere durch den progressiven Steuertarif) und Sozialpolitik (v. a. Sozialversicherung und Sozialhilfe) und auf (b) rechtliche Regelungen zur Gestaltung menschenwürdiger Arbeitsplätze sowie betriebliche Mitbestimmungsrechte.

(3) Die **Instabilität** (kurzfristige Konjunkturschwankungen, langfristige Wachstumsschwächen und Strukturwandelprozesse) der freien Marktwirtschaft soll korrigiert werden durch (a) Konjunkturpolitik, (b) Wachstumspolitik (z. B. Schaffung eines wachstumsfreundlichen Umfelds, Infrastrukturausbau) und (c) durch Strukturpolitik (z. B. branchenspezifische oder regionale Strukturanpassung, Bildungspolitik...).

Es gibt allerdings nicht „die“ soziale Marktwirtschaft, sondern lediglich wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen im Rahmen dieses mehr oder weniger flexiblen ordnungspolitischen Rahmens. Diese Entscheidungen müssen aber vor dem Hintergrund des oben Genannten stets drei Prinzipien berücksichtigen, die teilweise miteinander in einem Spannungsverhältnis stehen und somit nicht immer alle vollumfänglich oder auch nur im gleichen Maße realisiert werden können: Laut dem **Wettbewerbsprinzip** müssen alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen und administrativen Entscheidungen so gestaltet sein, dass Wettbewerb aufrecht erhalten bzw. gefördert wird. Das **Marktkonformitätsprinzip** besagt, dass marktgemäße, v. a. die freie Preisbildung währende Maßnahmen unbedingten Vorrang genießen müssen vor Eingriffen, die den Markt stören. Das **Sozialprinzip** fordert das Abfedern der sozialen Defekte und Leerstellen, die das Wirtschaften in einer freien Marktwirtschaft erzeugt (s. o.). Das Spannungsverhältnis zwischen den beiden letztgenannten Prinzipien zeigt sich beispielhaft an der Einführung des Mindestlohns. Durch die

Festsetzung eines Mindestpreises für Arbeit wird im Niedriglohnssektor die freie Bildung des Preises für Arbeitskraft zu Gunsten sozialer Erwägungen außer Kraft gesetzt. Ob der Eingriff in das Marktkonformitätsprinzip als zu stark empfunden wird, hängt immer vom politischen Standpunkt des Beurteilenden ab.

Soziale Marktwirtschaft hat nicht nur eine prosperierende, sich immer weiter entwickelnde Ökonomie und soziale Abfederung von Bürgerinnen und Bürgern in ökonomisch schwierigen Situationen zum Ziel. Beides dient immer ebenso als Mittel, um das Wirtschaftssystem und damit auch die Staatsverfassung als ganze sowie die jeweilige Regierung zu legitimieren.

Die Vertreter der sogenannten **öko-sozialen Marktwirtschaft** sehen ihre Wirtschaftsordnung als notwendige Weiterentwicklung der Grundvorstellung sozialer Marktwirtschaft, die kurz vor bzw. nach dem Zweiten Weltkrieg konzipiert worden war. Aufgrund der drängenden globalen, maßgeblich durch die westliche Wirtschafts- und Lebensweise geschaffenen Umweltprobleme halten sie es für dringend geboten, **ökologische Nachhaltigkeit als viertes wirtschaftspolitisches Prinzip** aufzunehmen und damit die Marktergänzungspolitik gegenüber der Wachstumspolitik deutlich zu stärken.

Zeit	Phase	Inhalte	Materialien	Tipps/Hinweise
<b>1. Unterrichtsstunde</b>				
10'	Einstieg	Die SuS geben Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft wieder und beschreiben beispielhaft eine staatliche Maßnahme zur Umsetzung des Sozialprinzips	<b>Film:</b> Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft (Erklärfilm)	Aufgaben 1 und ggf. 2 bereits als Beobachtungsauftrag für den Film formulieren
15'	Erarbeitung I	Die SuS charakterisieren die Beziehungen zwischen dem Sozial- und dem Marktkonformitätsprinzip der sozialen Marktwirtschaft (Kongruenz, Neutralität, Konflikt zwischen den Prinzipien) an den Beispielen Mindestlohn und Kombilohn (z. T. aus dem Film).	<b>Film:</b> Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft (Erklärfilm)	Arbeitsteilige Arbeit möglich
20'	Erarbeitung II und Auswertung	Die SuS prüfen gegebene wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen auf Erfüllung der Prinzipien sozialer Marktwirtschaft, indem sie sie in einem Schaubild verorten.	M1 Wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen in der sozialen Marktwirtschaft  Arbeitsblatt: Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft	Arbeitsteilige Partnerarbeit empfehlenswert (Aufgabe 4)
<b>2. Unterrichtsstunde</b>				
15'	Erarbeitung III und Gesamt-sicherung	Die SuS beschreiben arbeitsteilig Politikbereiche in der sozialen Marktwirtschaft zur Behebung der Mängel der freien Marktwirtschaft. Sie ordnen vorgegebene (und ggf. weitere) wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen den Politikbereichen der sozialen Marktwirtschaft zu.	M2 Allokationspolitik in der sozialen Marktwirtschaft  M3 Humanisierungspolitik in der sozialen Marktwirtschaft  M4 Stabilisierungspolitik in der sozialen Marktwirtschaft	<b>Methode: Gruppenpuzzle</b>  <b>Differenzierungsmöglichkeit:</b> Leistungsstärkere Gruppen erhalten M2 bzw. M4.
10'	Ergebnissicherung	Sie visualisieren in gemischten Gruppen Fehlentwicklungen der freien und Reaktionen „der“ sozialen Marktwirtschaft.	Arbeitsblatt: Soziale Marktwirtschaft im Schaubild	Zusammenfassende Visualisierung (Arbeitsblatt) mittels Folie oder Beamer präsentieren und ggf. ergänzen, korrigieren

10'	Vertiefung (fakultativ)	Die SuS nehmen das Grundkonzept der öko-sozialen Marktwirtschaft zur Kenntnis und erläutern es am Beispiel „staatlicher Wohnungsbau“.	M5 Öko-soziale Marktwirtschaft	Fakultativer Einstieg: Vor der Präsentation des Gesamttextes liest der Lehrer den Satz von Zeile 32 – 36 vor oder projiziert ihn als stummen Impuls.
10'		Sie beurteilen, ob „ökologische Nachhaltigkeit“ als wirtschaftspolitisches Grundprinzip etabliert werden sollte.		



## Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft (Erklärfilm)

Die Arbeit von Geringverdienern wieder mehr zu würdigen und ihnen ein existenzsicherndes Einkommen zu verschaffen, das ist die Idee des Mindestlohns. Die Bundesregierung hat im Januar 2015 diese gesetzlich festgelegte Lohnuntergrenze eingeführt, nicht ohne große Diskussionen. Das Beispiel zeigt: der Staat greift regulierend in den freien Markt ein, wenn es zu Fehlentwicklungen kommt. Unsere Wirtschaftsordnung wird deshalb als soziale Marktwirtschaft bezeichnet. Doch welche Prinzipien liegen unserer Wirtschaftsordnung zu Grunde und warum entstehen nicht selten Zielkonflikte zwischen diesen Prinzipien?

### AUFGABEN

1. Sehen Sie sich den Film an und geben Sie die drei Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft wieder.
2. Beschreiben Sie, wie Geringverdiener von der Einführung des Mindestlohns profitieren und erklären Sie, warum Kritiker sich so vehement gegen die Einführung einer Lohnuntergrenze ausgesprochen haben.
3. a) Charakterisieren Sie mögliche Beziehungen insbesondere zwischen dem Marktkonformitäts- und dem Sozialprinzip der sozialen Marktwirtschaft an dem im Film genannten Beispiel „Mindestlohn“.  
b) Gegner des Mindestlohns fordern, dass Niedriglöhne durch den Staat auf ein Existenz sicherndes Niveau angehoben werden sollen. Charakterisieren Sie die Beziehung zwischen den genannten Prinzipien bei dieser sogenannten „Aufstockung“.

## M1 Wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen in der sozialen Marktwirtschaft

Wirtschafts- und Sozialpolitik in der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland zeigt sich in ganz unterschiedlichen Feldern auf verschiedene Weise:

Aus dem Bundeshaushalt werden 2009 fünf Mrd. Euro **Kurzarbeitergeld** an private Arbeitgeber ausgeschüttet, damit sie in der herrschenden Wirtschaftskrise keine Angestellten entlassen, sondern diese in reduziertem Umfang weiter beschäftigen. Circa eine Million Beschäftigte beziehen zeitweise Kurzarbeitergeld.

Das Bundeskartellamt zerschlägt das sogenannte „**Bierkartell**“. Viele große Bierbrauer, die zusammen über 50 % des deutschen Marktes beherrschen, hatten im Geheimen Preise abgesprochen. Das Kartellamt verhängt Strafzahlungen von über 100 Millionen Euro.

Jeder Deutsche bekommt einen staatlichen Zuschuss von 154 Euro (bzw. 300 Euro pro Kind) pro Jahr für private Altersvorsorgeverträge („**Riester-Rente**“). Propagiertes Ziel: Sicherung der Einkommen im Rentenalter bei prozentual tendenziell sinkenden Zahlungen aus der staatlichen Rentenversicherung.

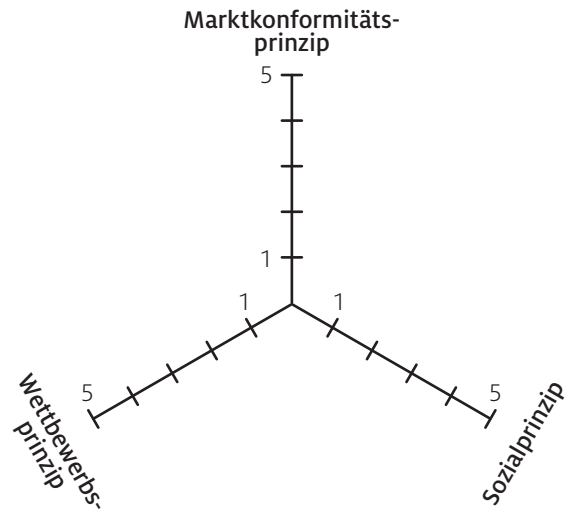
Die Bundesregierung fördert den **Ausbau des Glasfaser-Breitbandnetzes**, damit Telekommunikationsunternehmen flächendeckend Internet mit einer Übertragungsrate von mindestens 50 Mbit / Sekunde anbieten können. Dazu sollen u. a. bei Straßenarbeiten immer Leerrohre für die Glasfaserkabel mitverlegt werden. Privatpersonen können die Glasfaserinstallation in ihren Häusern steuerlich geltend machen und Kommunen werden finanziell beim Netzausbau unterstützt.

In Deutschland wird die **Zahl der Krankenhausbetten pro Region gesetzlich vorgeschrieben** (je nach Bevölkerungsgröße, Krankenhaushäufigkeit und Krankenhausverweildauer). Die Länder sind für die Vergabe von Krankenhauslizenzen verantwortlich und müssen auch Bau und Unterhaltung der Häuser bezuschussen. Allerdings müssen staatliche Gebietskörperschaften (Länder, Gemeinden) Krankenhäuser nicht zwingend selbst betreiben, sondern vergeben auch Genehmigungen an (günstigere) private Betreiberfirmen.

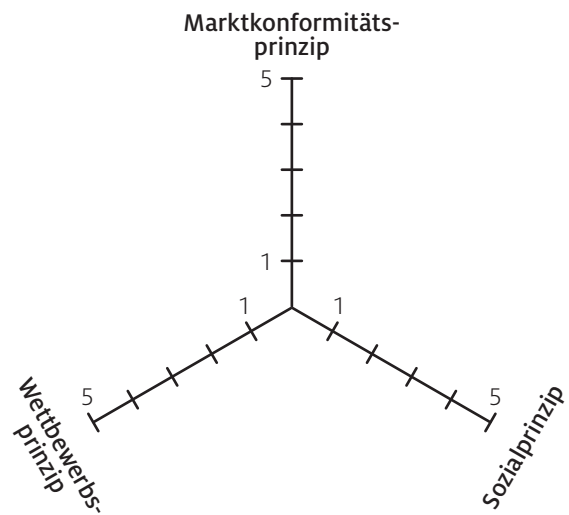
Mit dem **ERP-Innovationsprogramm** fördert die staatliche KfW-Bank kleine und mittlere Unternehmen (mit bis zu 125 Millionen (in Ausnahmefällen mit bis zu 500 Millionen) Euro Jahresumsatz). Dabei vergibt die KfW einen zinsgünstigen Kredit (aus Steuergeldern) über bis zu 60 % des Finanzierungsbedarfs für ein Innovationsprojekt, das das Ziel hat, schnell marktförmige Produkte bzw. Dienstleistungen nach sich zu ziehen.

## Arbeitsblatt: Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft

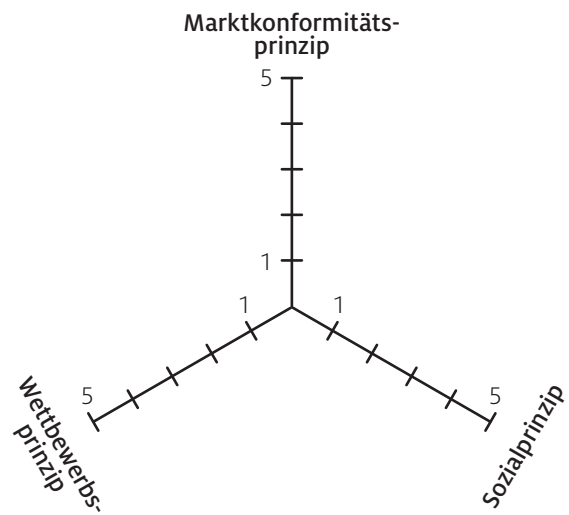
**Maßnahme:**  
Kurzarbeitergeld 2009



**Maßnahme:**

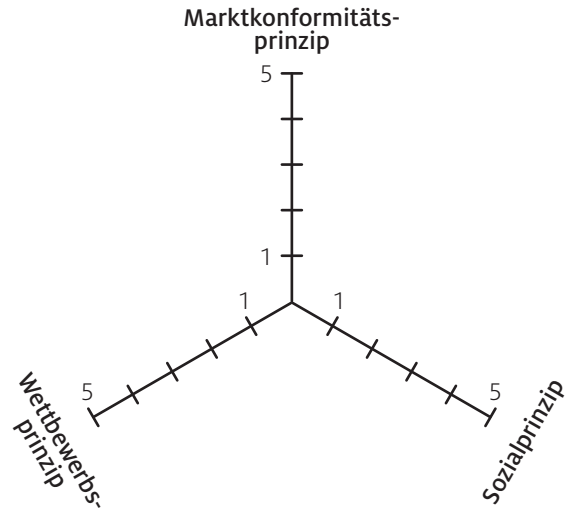


**Maßnahme:**

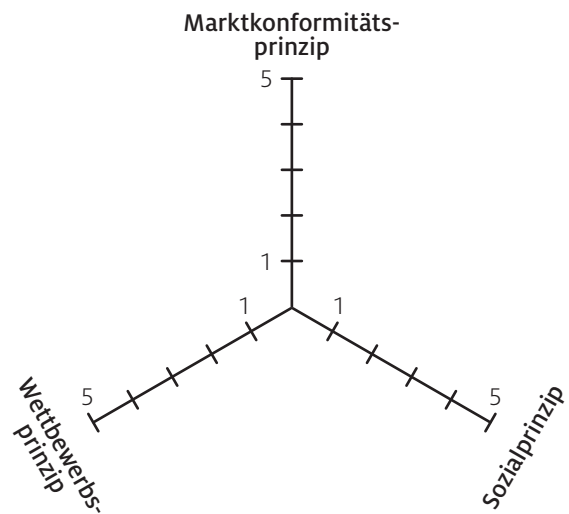




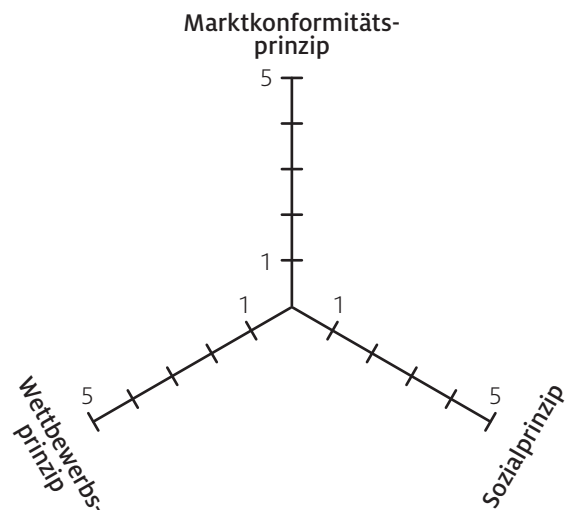
Maßnahme:



Maßnahme:



Maßnahme:



## AUFGABE

4. Prüfen Sie mithilfe der Grafik auf dem Arbeitsblatt, welche der vorgeschlagenen Maßnahmen (M1) den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft in welcher Weise entsprechen. Markieren Sie dazu auf jeder der drei Achsen, in welchem Maß das jeweilige Prinzip berücksichtigt ist (Bsp.: 0 = Prinzip nicht berücksichtigt, 1 = Prinzip kaum berücksichtigt, 5 = Prinzip vollauf berücksichtigt / Prinzip nicht berührt). Verbinden Sie die eingezeichneten Punkt mit geraden Linien, sodass jeweils ein Dreieck entsteht.

## M2 Allokationspolitik in der sozialen Marktwirtschaft

Die Bekämpfung der Ineffizienz erfolgt mit Hilfe der Allokationspolitik. Sie kann in drei verschiedene Felder unterteilt werden, nämlich die

- Wettbewerbspolitik,
- Marktergänzungspolitik,
- Marktsubstitutionspolitik.

Oberste Aufgabe der Wirtschaftspolitik in einer Marktwirtschaft ist es, dafür Sorge zu tragen, dass der Wettbewerb funktionsfähig bleibt. Dies ist das Aufgabenfeld der **Wettbewerbspolitik**. Die Funktionsweise der Marktwirtschaft ruht auf dem Fundament des Wettbewerbsprinzips. [...] Die „Peitsche der Konkurrenz“, die Sanktionsfunktion der Preise, verführt aus Sicht der Produzenten verständlicherweise dazu, den Wettbewerb so weit als irgend möglich auszuschalten. [...] Aufgabe der Wettbewerbspolitik ist es, den Wettbewerb vor Wettbewerbsbeschränkungen zu schützen und ihn zu fördern. Dies geschieht durch geeignete Gesetze [...], aber auch durch Öffnung der nationalen Märkte gegenüber der internationalen Konkurrenz, durch Beseitigung wettbewerbsverzerrender steuerlicher Regelungen und Abbau von Subventionen sowie durch die Privatisierung öffentlicher Unternehmen.

Der Preismechanismus kann in einer Marktwirtschaft jedoch auch falsche Signale geben. In solchen Fällen muss der Markt durch staatliche Maßnahmen ergänzt werden („**Marktergänzungspolitik**“). Ein typisches Beispiel hierfür ist die Belastung der Umwelt. So führt eine kostenlose Inanspruchnahme der vermeintlich „freien Güter“ Luft oder Wasser zur Fehllenkung der Ressourcen. Kennzeichnend für freie Güter ist, dass mit der Nutzung dieser Güter keine unmittelbaren Kosten bei den Unternehmen (Emittenten) verbunden sind – obwohl die Ver-

schmutzung von Luft und Gewässern sehr wohl gesamtwirtschaftliche Kosten bzw. Beeinträchtigungen verursacht. Ein sich selbst überlassener Marktmechanismus ist jedoch umweltpolitisch blind. Er signalisiert nur die unmittelbar über die Märkte in Rechnung gestellten Kosten („interne Kosten“), nicht aber die sogenannten „externen Kosten“ in Form von Beeinträchtigungen Dritter bzw. der Umwelt.

Aufgabe des Staates in einer „ökologisch gestalteten Marktwirtschaft“ ist es zweifellos, den Marktmechanismus durch eine wirksame Umweltpolitik zu ergänzen. [...] Die Umweltpolitik kann sich unterschiedlicher Instrumente bedienen. In Betracht kommen [...] ordnungsrechtliche Maßnahmen, wie Gebote und Verbote (insbesondere die Festlegung von Emissionsgrenzwerten), aber auch Instrumente, die sich unmittelbar der Marktkräfte bedienen, um die umweltpolitischen Ziele zu erreichen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang insbesondere Umweltafgaben und handelbare Umweltnutzungsrechte [...].

Als dritter Bereich der Allokationspolitik gilt die **Marktsubstitutionspolitik**. Dahinter verbirgt sich das Versagen des Marktmechanismus bei der **Bereitstellung öffentlicher Güter**. Öffentliche Güter, wie innere und äußere Sicherheit oder Rechtsprechung, sind zweifellos seitens des Staates den Bürgern zur Verfügung zu stellen. Der Staat ist also Produzent dieser öffentlichen Güter. [...] Ein Angebot dieser Leistungen über den Markt kommt aus verschiedenen Gründen nicht in Betracht. [...] Darüber hinaus ist es eine Zweckmäßigsfrage, ob auch die Bereitstellung von Infrastruktur, die Bereitstellung von Bildungseinrichtungen zu denjenigen Aufgaben zählt, die dem Staat obliegen.

Mussel/Pätzold, Grundfragen der Wirtschaftspolitik, 8. Auflage, Vahlen 2012, S. 5f. [Hervorhebungen im Original]

### M3 Humanisierungspolitik in der sozialen Marktwirtschaft

Eine zweite wesentliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik besteht darin, die Ergebnisse des Marktmechanismus insbesondere in sozial- und verteilungspolitischer Hinsicht zu korrigieren. Die Verfolgung dieses

5 Zieles ist ein Gebot der Gerechtigkeit und Humanität [Menschlichkeit]. Ein Wirtschaftssystem kann auf Dauer nur dann überleben, wenn es von den Bürgern akzeptiert wird. Die sozial- und verteilungspolitische Korrektur einer Wettbewerbswirtschaft bildet den Gegenstand der Humanisierungspolitik. [...] Zu den zentralen Zielen zählen hierbei soziale Gerechtigkeit, soziale

10 Sicherung, humane Arbeitsbedingungen sowie die Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Daraus resultieren die Hauptbereiche der Humanisierungspolitik:

- 15 • Umverteilungspolitik,
- Sozialpolitik,
- Humanisierung und Demokratisierung der Arbeitswelt.

Die **Umverteilungspolitik** zielt darauf ab, die markt-

20 mäßig entstandene Einkommens- und Vermögensverteilung zu korrigieren. Es ist das Ziel, eine größere soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Instrumente sind beispielsweise progressiv ausgestaltete Steuersysteme

oder die Vermögensbildungspolitik.

Gegenstand der **Sozialpolitik** ist die Schaffung von

25 sozialen Sicherungssystemen (z. B. Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe). Dadurch sollen im Marktsystem „benachteiligte“ gesellschaftliche Gruppen eine ausreichende materielle Lebensgrundlage erhalten. Die

30 angeführten Beispiele zeigen, dass es problematisch ist, eine eindeutige Trennungslinie zwischen der Umverteilungspolitik und der Sozialpolitik zu ziehen. Zur Humanisierungspolitik zählt zudem die **Humanisierung und Demokratisierung der Arbeits-**

35 **welt**. Das sind zum einen jene Maßnahmen, die zu einem menschenwürdigen Arbeitsleben beitragen sollen (z. B. Lärmschutz, Sicherheitsvorschriften, Arbeitspausen). Zum andern gehört in diese Kategorie die demokratische Teilhabe der Arbeitnehmer im

40 Betrieb in Form verschiedener Arten von „Mitbestimmung“. Die erforderlichen Regelungen gehören sowohl in den Kompetenzbereich der Tarifpartner [Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei Verhandlungen über Arbeitsbedingungen und Lohn] als auch des

45 Staates.

Mussel/Pätzold, Grundfragen der Wirtschaftspolitik, 8. Auflage, Vahlen 2012, S. 7 [Hervorhebungen im Original]

## M4 Stabilisierungspolitik in der sozialen Marktwirtschaft

Die Notwendigkeit einer Stabilisierung der Marktwirtschaft ist zumindest bezüglich „großer Krisen“ weitgehend unumstritten. Die Stabilisierung des Wirtschaftsablaufs dient allerdings nicht nur der

5 Rezessionsbekämpfung, sondern auch der Vermeidung von Inflation. Stabilisierungspolitik umfasst folgende drei Politikbereiche:

- die eher kürzerfristig ausgerichtete Konjunkturpolitik,
- 10 • die eher längerfristig ausgerichtete Wachstumspolitik,
- die eher mittelfristig ausgerichtete Strukturpolitik.

Die beiden erstgenannten Politikbereiche werden

15 vielfach auch als **Konjunktur-** und **Wachstumspolitik** bezeichnet. Zu den gesamtwirtschaftlichen Fehlentwicklungen zählen insbesondere Inflation, Arbeitslosigkeit, kürzerfristige Abschwächungen der Produktionstätigkeit und Ungleichgewichte im

20 internationalen Handel. [...]

Die **Wachstumspolitik** zielt darauf ab, die längerfristige Entwicklung der Produktion bzw. der Produktionskapazitäten einer Volkswirtschaft „wachstumsfreundlicher“ zu gestalten. [...] Nach Über-

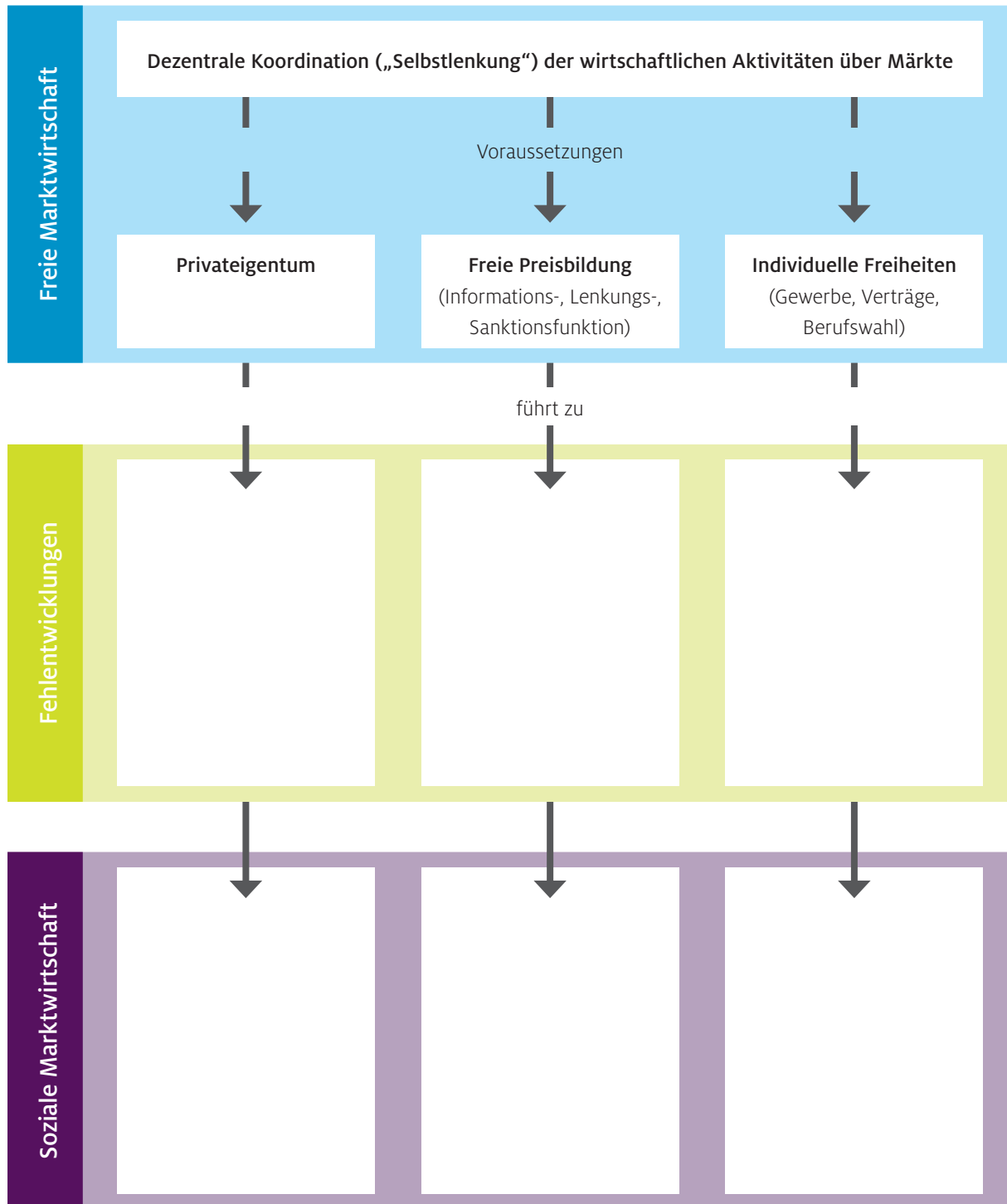
25 zeugung vieler Wachstumstheoretiker ist Wachstumspolitik [...] mehr als nur Wettbewerbspolitik. Es geht vor allem darum, Wachstumshindernisse zu beseitigen, ein „wachstumsfreundliches Klima“ zu

schaffen und den Ausbau der Infrastruktur voranzutreiben. [...]

Die Erfahrung zeigt: Wirtschaftliche Entwicklung ist immer mit **Strukturwandel** verbunden. Gesamtwirtschaftlich profitieren alle von diesem beständigen Wandel; Produktion und Realeinkommen [Verhältnis von Einkommenshöhe und Inflation] steigen, und der Wohlstand erhöht sich. Im Zuge dieses Strukturwandels gibt es allerdings nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer. Die Strukturmerkmale sind dabei höchst unterschiedlich: Branchen, Regionen, Berufe und Qualifikationen oder Altersgruppen werden vom Strukturwandel in unterschiedlicher Weise betroffen. Aufgabe des Staates ist es vor allem, Hemmnisse im Strukturwandel zu beseitigen und ihn – soweit erforderlich – für die negativ Betroffenen sozialpolitisch abzufedern. Aufgabe des Staates kann und darf es allerdings nicht sein, alte und überkommene Strukturen zu konservieren (z. B. durch Erhaltungssubventionen [...]), um Produktion und Beschäftigung in bestimmten Wirtschaftszweigen aufrechtzuerhalten. [...] Die Strukturpolitik sollte im Übrigen nicht der Versuchung erliegen, die wirtschaftliche Entwicklung in eine bestimmte strukturelle Richtung zu lenken. Staatliche Instanzen verfügen nämlich kaum über eine bessere Zukunftsvoraussicht als die Marktkräfte; eher ist das Gegenteil der Fall.

Mussel/Pätzold, Grundfragen der Wirtschaftspolitik, 8. Auflage, Vahlen 2012, S. 8f. [Hervorhebungen im Original]

## Arbeitsblatt: Soziale Marktwirtschaft im Schaubild



### AUFGABEN

5. Gruppenpuzzle:
  - a) In Expertengruppen: Geben Sie jeweils einen Politikbereich in einer sozialen Marktwirtschaft (M2 – M4) wieder und ordnen Sie den einzelnen Politikfeldern passende Beispiele aus M1 oder selbst erdachte Beispiele zu.
  - b) Anschließend in gemischten Stammgruppen: Vervollständigen Sie das Schaubild auf dem Arbeitsblatt mit den zentralen Informationen zur sozialen Marktwirtschaft.
6. „Die“ soziale Marktwirtschaft gibt es nicht. Erklären Sie diese Aussage.

## M5 Öko-soziale Marktwirtschaft

„Wohlstand für alle“ war das Credo der Sozialen Marktwirtschaft. „Mehr Lebensqualität für alle – heute und morgen“ ist das Ziel der Ökosozialen Marktwirtschaft. Ökosoziale Wirtschaftspolitik ist somit zukunfts-fähig, d. h. verantwortungsvoll gegenüber den kommenden Generationen. Sie wird getragen von der Überzeugung, dass weltweit alle Menschen und auch künftige Generationen das Recht auf ein gutes Leben in einer intakten Umwelt haben. Ziel ist ein Gleichgewicht zwischen Ökologie, Sozialem und Ökonomie. [...]

Die Nutzung natürlicher Ressourcen ist die Grundlage unseres Lebens und jeglicher wirtschaftlicher Aktivität, gefährdet aber im heutigen Ausmaß die weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Wirtschaftswachstum bedeutet heute auch mehr Ressourcenverbrauch. Obwohl in der Vergangenheit beeindruckende Ergebnisse bei der Erhöhung der Ressourceneffizienz erreicht werden konnten, scheint die absolute Reduktion [= Verringerung] des Ressourcenverbrauchs bei gleichzeitigem quantitativen Wirtschaftswachstum äußerst unwahrscheinlich. Bei einem jährlichen Wirtschaftswachstum von 2 % und dem von den G-20 anerkannten Ziel, bis 2050 die CO<sub>2</sub>-Emissionen um mindestens 80 % im Vergleich zu 1990 zu reduzieren, müsste die Ressourcenproduktivität des Einsatzes fossiler Energieträger pro Jahr um ungefähr 5 % gesteigert werden.

Tatsächlich stieg in allen OECD-Staaten die Produktivität des Energieeinsatzes in der Industrie von 1965 bis 1995 nur um jährlich 2,5 %.

Es muss daher dringend über Alternativen zu einem rein auf quantitativem Wachstum aufbauenden Wirtschaftssystem nachgedacht werden. Eine Fortführung des „business as usual“ ist definitiv keine Option [...].

Ausgangspunkt der Ökosozialen Marktwirtschaft ist daher ein Wachstumsverständnis, das nicht auf hohe quantitative Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts, sondern auf qualitative Verbesserungen abzielt. Dieses erfordert die Berücksichtigung aller Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung, also den Erhalt der ökologischen, der sozialen und der wirtschaftlichen wie auch der kulturellen Grundlagen eines guten Lebens. Der schonende Umgang mit den natürlichen Ressourcen ist dabei eine notwendige Bedingung für wirtschaftlichen Wohlstand. Umgekehrt ist die Dynamik der Wirtschaft Voraussetzung für den erforderlichen Strukturwandel zu einer nachhaltigen Produktions- und Konsumstruktur, in der neue Wirtschaftssektoren entstehen, sich einige Branchen positiv entwickeln, während andere stagnieren, schrumpfen oder gänzlich verschwinden. Dieses qualitative Wachstum muss das bisherige ressourcenintensive Wirtschaftswachstum ablösen.

*Ökosoziale Marktwirtschaft, wissenschaftliches Hintergrundpapier, Ökosoziales Forum Österreich, Juli 2010 [Letzter Aufruf: 19.3.2016]*

### AUFGABEN

7. Erklären Sie, welche Folgen eine konsequente Berücksichtigung ökologischer Nachhaltigkeit für staatliche Wirtschaftspolitik hätte.
8. Beurteilen Sie, ob ökologische Nachhaltigkeit der wirtschaftspolitischen Entscheidungen als „Nachhaltigkeitsprinzip“ den bisherigen Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland gleichberechtigt beigestellt werden sollte.